

Favoriten im Parlament



Unsere Forderung:

Thermische Sanierung für alle!

Das Sanieren von Gebäuden durch bessere Fassaden, Dächer, Kellerisolierungen, Fenster und Außentüren ist ebenso wie das Umstellen auf Heizungen und Warmwasseraufbereitung mit möglichst geringem Treibhausgasausstoß ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zur Beschäftigungssicherung. Das sozialdemokratische Modell der thermischen Sanierung ist eines, von dem alle profitieren sollen. Wenn man die Förderkriterien so gestaltet, dass nicht nur die Menschen davon profitieren, die ein eigenes Haus haben und zudem Eigenkapital von mehreren tausend Euro für eine Sanierung bereitstellen können, dann ist das nicht nur sozial gerechter, sondern auch umweltpolitisch sinnvoll.

Wir kämpfen daher für eine Verbreiterung der Fördermittel, die auch jenen Menschen zugute kommt, die in einer Mietwohnung leben und selbst kein Geld für solche Investitionen auf der hohen Kante haben.

Das Budget für die Fortführung der thermischen Sanierung haben wir im letzten Jahr im Nationalrat beschlossen, welches für die Jahre 2011 - 2014 jeweils 100 Millionen Euro für diese wichtigen Investitionen bereitstellt. Diese Förderkriterien dazu werden in der sogenannten Kommission für Umweltförderung im Inland beschlossen, der ich als Vertreterin der SPÖ angehöre. Im Februar wurde in dieser Kommission hitzig über die Förderkriterien diskutiert, da ich überzeugt davon bin, dass wir neue, sozial ausgewogene Richtlinien brauchen.

Für die Vergabe der Fördermittel für 2011 wurden wir zwar von den VertreterInnen des Koalitions-

partners, der rechten Oppositionsparteien und der Wirtschaft überstimmt, aber die von mir und der Arbeiterkammer vorgebrachten Argumente für eine Verbesserung konnten einfach nicht vom Tisch gewischt werden und so überzeugten wir die gesamte Kommission schließlich, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die bis zum Herbst neue Förderkriterien erarbeiten soll, welche dann für die kommenden Jahre gilt. Das ist ein erster Erfolg für diese so wichtige Verbesserung - im Sinne der weniger verdienenden Menschen, im Sinne der Umwelt, der Wirtschaft, der Arbeitsplatzsicherung und sogar erhöhter Steuereinnahmen, welche durch diese Investitionen in thermische Sanierung ausgelöst werden!

An dieser Stelle habe ich schon vor einem Jahr das von mir und SPÖ Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter erarbeitete Konzept vorgestellt, welches wir auch im Rahmen zweier Pressekonferenzen der Öffentlichkeit präsentieren konnten. Unterstützung für unsere Forderungen bekommen wir sowohl von den ExpertInnen der Arbeiterkammer als auch von Wohnbaustadtrat Michael Ludwig.

Unser Modell sieht Fördermöglichkeiten für einen Fernwärmeanschluss vor, eine Inanspruchnahme von Förderungen auch bei gemeinnützigem Wohnbau und eine Wahlmöglichkeit zwischen einem zinsfreien Kredit oder einem Zuschuss. Ein solcher Kredit kann durch die gewonnene Einsparung im Energiebereich leicht zurückgezahlt werden. Dieses Kreditmodell ist für ärmere Haushalte die einzig reale Möglichkeit, überhaupt eine Förderung in Anspruch zu nehmen.

So wie ich mich auch schon in den letzten Jahren für dieses wichtige Thema eingesetzt habe, werde ich auch weiterhin dafür kämpfen, dass die thermische Sanierung für alle leistbar wird!

Eure Petra „Penny“ Bayr

Favoriten im P arlament

ParlamentarierInnen in Bangladesh

Im Jänner hatte ich die Gelegenheit, gemeinsam mit anderen europäischen ParlamentarierInnen an einer von der UNFPA organisierten Studienreise nach Bangladesh teilzunehmen. Die UNFPA ist der „United Nations Population Fund“, also das Gremium der UNO, welches sich mit der Weltbevölkerung befasst – mit dem Fokus auf die Gesamtentwicklung der menschlichen Bevölkerung, Ernährung, Gesundheit, Bildung, soziale Absicherung und Wohlstand.

Wir besuchten Einrichtungen zur Förderung der selbstbestimmten Familienplanung und Bevölkerungsentwicklung, die sich sehr engagiert dafür einsetzen, dass die Menschen sowohl ausreichend über Möglichkeiten der Familienplanung informiert werden als dann im praktischen Umgang mit Verhütungsmethoden unterstützt werden.



Besuch einer Schule für Kinder von TextilarbeiterInnen

Denn nicht nur die Anzahl der Kinder kann damit bewusster gesteuert werden, sondern vor allem auch verhindert werden, dass Frauen zu früh gebären, wenn sie eigentlich noch Mädchen sind. Dies bringt nämlich viele schwerwiegende gesundheitliche Probleme mit sich, wie zum Beispiel die weit verbreiteten Fisteln, also Löcher im Geburtskanal, wodurch diese Mädchen nicht nur unter qualvollen



Im Gespräch mit der Außenministerin von Bangladesh, Dr. Dipu Moni

Schmerzen leiden, sondern auch inkontinent sind. Dies bedeutet dann meistens den Ausschluss aus der Familie und bringt zu den gesundheitlichen Problemen auch noch viele soziale mit sich.

Ein wichtiger Aspekt dieser Reise war, dass wir nicht nur die Möglichkeit hatten, in unterschiedlichen Einrichtungen mit Fachpersonal und KlientInnen zu reden, um von den Erfolgen als auch Schwierigkeiten berichtet zu bekommen. Wir konnten auch anschließend unsere Eindrücke mit den zuständigen PolitikerInnen und anderen ExpertInnen zu besprechen.

Diese Chance, uns mit MinisterInnen, Abgeordneten und WissenschaftlerInnen auszutauschen, komplettierte das Bild von den aktuellen Problemfeldern aber auch Fortschritten in den besuchten Regionen in Bangladesh.

Als entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ ist es für mich wichtig, mir auch immer wieder ein Bild vor Ort von den Lebensverhältnissen der Menschen in den Entwicklungsländern zu machen, womit diese Reise nach Bangladesh ein wertvoller Beitrag für meine Arbeit war.

Favoriten im Parlament

Mehrwegflaschen: Mehr Wahlfreiheit für KonsumentInnen!

Wer im Supermarkt nach wiederbefüllbaren Wasser- oder Limonadenflaschen Ausschau hält, muss mitunter lange suchen - und wird oft gar nicht fündig. Betrug der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen in den 1990er Jahren teils noch über 90 Prozent, ist er bis heute im Handel auf etwa ein Fünftel geschrumpft. Die seit gut zehn Jahren geltende "freiwillige Selbstverpflichtung" von Industrie und Handel, ausreichend Getränke in Mehrwegflaschen anzubieten, gilt als gescheitert.

Seit mehr als einem Jahr gibt es nun erneut politische Bemühungen, die Mehrwegquote zu erhöhen. Ich habe das von ExpertInnen erarbeitete sogenannte Ökobonusmodell vorgeschlagen und mich in vielen Verhandlungen um dessen Realisierung bemüht. Wenn es aber nach dem Koalitionspartner geht, scheint dieses Modell allerdings vom Tisch zu sein. Wir stehen damit quasi wieder am Anfang. Neue Studien werden eingefordert, die das ohnedies längst Bekannte neu belegen sollen: Mehrwegflaschen sind die Chance, unsere Plastikberge zu verringern und damit eine sinnvolle Umwelt- und KonsumentInnenpolitik zu betreiben.

Der Umweltminister hat auf Druck reagiert und bereits Anfang 2010 eine Arbeitsgruppe installiert, die ein Bonus/Malus-System ausgearbeitet hat. Konkret sieht das Ökobonusmodell vor, die Mehrwegquote von 2012 bis 2018 in drei Schritten auf 50 Prozent zu erhöhen. Händler, die zu viele Einwegflaschen anbieten, sollten eine Strafe zahlen, Unternehmen, die die Quote übererfüllen, einen Bonus bekommen.

Aber wie es jetzt aussieht, wird daraus nichts. Denn es gibt zu starke Widerstände seitens der Wirtschaft. Die Wirtschaftskammer spricht sich strikt dagegen aus, vielen Betrieben sei die Umstellung auf Mehrweg gar nicht möglich, behauptet sie. Damit meint sie allerdings, dass sie dafür ein wenig investieren müssten und das woll-

ten sie natürlich nicht, da es ihnen darum geht, ohne zusätzliche Investitionen ihre Profite zu machen. Gedroht wird dann gerne damit, dass Mehrweg zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen gehen würde.

Wir SozialdemokratInnen meinen hingegen, dass es der Wirtschaft durchaus zumutbar wäre, Investitionen zu setzen, ohne diese Kosten auf andere abzuwälzen!

Gegner des Modells argumentieren außerdem mit der Wahlfreiheit der KonsumentInnen. Der Handel etwa begründet den gestiegenen Anteil der Einwegflaschen damit, dass die KundInnen nicht mehr bereit seien, schwere Glasgebilde zu kaufen, die dann auch noch in den Supermarkt zurückgetragen werden müssen. Tatsächlich lassen sich aber auch leichte PET-Flaschen wiederbefüllen!

Ich habe allerdings nicht nachgelassen und so wurde der Umweltminister im Dezember 2010 vom Umweltausschuss des Parlaments per Entschließungsauftrag dazu aufgefordert zu handeln. Nun liegt es am Umweltminister, bis Mitte 2011 einen neuen Vorschlag zur ökologischen Gestaltung der Getränkeverpackungen auf den Tisch zu legen.

Er hat dann Wirtschafts- und Arbeiterkammer damit betraut, diesen neuen Vorschlag auszuverhandeln. Im Umweltministerium setzt man offenbar auf Zeit - diese Zeit werden aber auch wir SozialdemokratInnen nutzen!

Wir haben in der Frage der Erhöhung der Mehrwegquoten eine Menge Verbündete wie Bürgermeister kleiner Gemeinden, die unter der Verschmutzung der Landschaft mit Einweggebilden leiden, Umweltorganisationen, die Arbeiterkammer, die Stadt Wien, WissenschaftlerInnen und viele andere. Gemeinsam werden wir unsere Kräfte bündeln.

Favoriten im Parlament

Muttertag - Info Veranstaltung am Vicky-Markt

Im Vorfeld zum Muttertag organisiere ich auch heuer wieder am Viktor-Adler-Markt eine Informationsveranstaltung rund um das Thema „Frauen in der Arbeitswelt“.

Samstag, 7. Mai 2011, 10 - 12 Uhr

Verschiedene Info-Stände des AMS, WAFF, ABZ und MA57 werden dabei sowohl mit vielfältigem Info-Material als auch in Form einer persönlichen Beratung zur Verfügung stehen.

Sie beraten und informieren zu wichtigen Themen wie: die Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung für Frauen, der Wiedereinstiegshilfen in den Job sowie der Kinderbetreuung durch die Stadt Wien.

Mutternacht - Aktion gegen Müttersterblichkeit

- 350.000 Frauen sterben jährlich an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt.
 - 99 % davon in den Ländern des globalen Südens.
- Während in Österreich bei 100.000 Geburten 4 Frauen sterben, sind es in Afghanistan 1.800.
 - Die meisten dieser Todesfälle sind vermeidbar!

Um auf die dringende Umsetzung des Millenniumsziels Nr. 5 der Vereinten Nationen – die Senkung der Müttersterblichkeit – hinzuweisen, findet zeitgleich in mehreren europäischen Ländern im Vorfeld zum Muttertag die Mutternacht statt. Dieses Jahr haben sich erstmals auch in Österreich verschiedene Organisationen zusammengefunden, die im Rahmen der Mutternacht die Vereinten Nationen und Österreich als Mitgliedsland an ihre Verpflichtung in Bezug auf das 5. Millenniumsziel, die Gesundheit von Müttern zu verbessern, erinnern wollen.

Freitag, 6. Mai 2011, 10 Uhr

Rahlstiege (zwischen Mariahilfer Straße und Gumpendorferstraße)

Was macht diese Aktion sinnvoll? – Der sinnlose Tod von 350.000 Frauen jedes Jahr!

Im Rahmen der Mutternacht haben wir, die teilnehmenden Organisationen, eine gemeinsame Aktion geplant, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien auf das Thema Müttersterblichkeit lenken soll. Dazu werden wir möglichst viele als Schwangere verkleidete Frauen und Männer medienwirksam auf einer mit einem „blutigen“ Laken bedeckten Stiege versammeln, die dann wie tot umfallen sollen.

Teilnehmende Organisationen: Amnesty International, Brot für Hungernde, Care, Die Grünen, Doctors for Disabled, FEM Süd, Frauensolidarität, GEZA, Hilfswerk Austria, Katholische Frauenbewegung, Österreichische Gesellschaft für Familienplanung, Österreichischer Samariterbund, SPÖ Frauen, SPÖ Parlamentsfraktion, Österreichische Stiftung für Weltbevölkerung, Südwind Wien, UN-Women – Nationalkomitee Österreich, Wiener Programm für Frauengesundheit, World Vision Österreich